

2.16 Globale Zusammenhänge und Migration

Die Schweiz entwickelt sich in einer zunehmend vernetzten Welt. Die Folgen des Klimawandels – sogar solche, die geografisch weit entfernt sind – können daher äusserst konkrete Auswirkungen auf die Schweizer Gesellschaft haben. Dies gilt auch für die Folgen des Klimawandels auf die Gesellschaft im Zusammenhang mit Sicherheit und Entwicklung. Einer der Hauptmechanismen, der die diesbezüglichen weltweiten Entwicklungen mit der Schweiz verbindet, ist die Migration.

Etienne Piguet (Universität Neuenburg)

Klimawandel, Sicherheit und Entwicklung

In den Kapiteln 12 (Human security) und 13 (Livelihoods and poverty) des Fünften IPCC-Sachstandsberichts (IPCC 2014/WGII/Chap.12 und Chap.13) werden die Folgen des Klimawandels auf die Sicherheit und die Entwicklung behandelt. Unter dem Begriff «menschliche Sicherheit» sind unter anderem zusammengefasst:

- die sicherheitsrelevanten Herausforderungen im engeren Sinne, insbesondere die Gefahr von Gewalt und Konflikten,
- Themen der materiellen Sicherheit, zum Beispiel Ernährungssicherheit und
- Themen der immateriellen Sicherheit, zum Beispiel bedrohte Lebensbedingungen einer Bevölkerung im Bereich der Freiheit oder der Kultur.

Die im Bericht zusammengestellten Forschungsarbeiten zeigen: Obwohl nie nur ein einzelner Faktor für die Gefährdung der menschlichen Sicherheit verantwortlich ist, ist das Klima diesbezüglich ein entscheidender Faktor (IPCC/WGII/Chap.12).

Materielle Sicherheit

Die meisten Studien zur Nahrungsmittelproduktion sagen ab 2050 einen Ernterückgang voraus (s.a. Kap. 2.10 Landwirtschaft, S. 111). Es hat sich bereits gezeigt, dass die Erwärmung Ressourcen wie Wasser, Fischbestände oder Viehzucht negativ beeinflusst. Jenseits bestimmter CO₂-Grenzwerte (Zeithorizont 2100 im Szenario ohne explizite Massnahmen zum Klimaschutz [kurz: Referenzszenario] RCP8.5) gefährdet die Kombination von hohen Temperaturen und Feuchtigkeit in gewissen Regionen die landwirtschaftlichen Tätigkeiten und die Arbeit ausserhalb der Wohnhäuser und erhöht so die Risiken für die Ernährungssicherheit signifikant (IPCC 2014/WGII/TS).

Die armen Bevölkerungsschichten sind besonders stark von den landwirtschaftlichen Ressourcen abhängig und anfällig für Preisschwankungen – und zwar gleichermaßen in ländlichen als auch in städtischen Gebieten.

Es bleibt zu hoffen, dass die technischen Fortschritte – zum Beispiel neues Saatgut und neue Düngemittel – diese Trends auffangen können. Auch falls sich diese Hoffnung erfüllen sollte, würden diese Neuerungen teuer und wären damit vor allem eher für die Reichen bestimmt. Eine Quantifizierung ist zwar nach wie vor schwierig, aber die zunehmende Intensität bestimmter klimatischer Extremereignisse wie beispielsweise tropischer Wirbelstürme (s.a. Kap. 1.8 Klima- und Wetterextreme, S. 52) wird ebenfalls Auswirkungen auf die armen Bevölkerungsschichten haben. Diese sind aufgrund ihrer Behausungen, der hohen Bevölkerungsdichte und dem fehlenden Zugang zum Gesundheits- und Rettungswesen häufig viel verletzlicher («Verwundbarkeit», s.a. Kap. 2.2 Das neue IPCC-Risikokzept, S. 77).

Die extremste Form des verwehrten Zugangs zu den Ressourcen ist eindeutig der Verlust des eigenen Lebensraumes. Sofern keine Anpassungsmassnahmen ergriffen werden, werden bis Ende des 21. Jahrhunderts hunderte Millionen von Menschen davon bedroht sein (IPCC 2014/WGII/TS; IPCC 2014/WGII/Chap.5). Auch hier sind die armen Bevölkerungsschichten in allen Bereichen als erste betroffen:

- Die schutzbedürftigsten Länder – beispielsweise Bangladesch (IPCC 2014/WGII/Chap.5) – gehören zu den ärmsten Ländern,
- gefährdete Regionen sind häufig Küstenstädte mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Alexandria, Port-au-Prince oder Jakarta (IPCC 2014/WGII/Chap.5) und
- in diesen Städten sind die hochwassergefährdeten Quartiere häufig Slums und informelle Siedlungsgebiete.

Der Klimawandel beeinflusst auch die kulturellen Praktiken und Lebensformen sowie die identitätsstiftende Zugehörigkeit der Gemeinschaften zu ihrem Lebensraum (IPCC 2014/WGII/Chap.12). Dies ist insbesondere der Fall in Ökosystemen, die fragil und stark von der Umwelt abhängig sind (z.B. Inuit in der Arktis).



Abbildung 2.21: In Saint-Louis im Senegal ist das Fischerquartier vom Wasseranstieg bedroht. (Quelle: Etienne Piguet)

Einigen Studien zufolge führen die Umweltzerstörungen zwangsläufig zu Teufelskreisen von Konflikten und Migration. Die direkte Verbindung zwischen Umweltbeeinträchtigungen und sich entwickelnden individuellen oder kollektiven Gewalttaten wird jedoch in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Weniger umstritten ist die Tatsache, dass klimabedingte Gefährdungen wirtschaftliche und politische Probleme und damit indirekt die Risiken von Gewalt verschärfen können (IPCC 2014/WGII/Chap.23). Unabhängig von ihrer Ursache scheinen Konflikte die Verletzlichkeit der betroffenen Gesellschaften gegenüber dem Klimawandel zu erhöhen.

Migration und Bevölkerungsbewegungen

Die historische Erfahrung mit klimatischen Extremsituationen wie Überschwemmungen und Dürren zeigt, dass diese grosse Bevölkerungsgruppen vertreiben können (IPCC 2014/WGII/Chap.12). Die aktuellen Beobachtungen und die Modelle legen nahe, dass Überflutungen von Küstenabschnitten und schwindender Permafrost in Berggebieten zur Notwendigkeit einer Bevölkerungsumsiedlung und zu Migration führen können (IPCC 2014/WGII/Chap.12). Bei klimabedingten Gefährdungen bewegen sich die Migranten grösstenteils auf die Städte zu, die oftmals jedoch selber sehr verletzlich sind (IPCC 2014/WGII/Chap.12), was die betroffenen Bevölkerungsschichten zusätzlich verletzlich macht und ihnen sogar die nötigen Ressourcen rauben kann, mit denen sie vor Katastrophen flüchten könnten. Deswegen wächst die Bevölkerung der

exponiertesten Städte und insbesondere der Küstenstädte paradoxerweise am schnellsten durch die Migration.

Trotz des Ernstes dieser Entwicklungen lässt der Grossteil der Studien den Schluss zu, dass die Schweiz nicht durch umweltbedingte Migrationswellen betroffen sein wird. Die durch klimatische Faktoren ausgelösten Bevölkerungsbewegungen finden tatsächlich vor allem über kurze Distanzen, innerhalb von Staaten und in geringerem Ausmass zwischen benachbarten Staaten statt. Zudem ist bei extremen Ereignissen von kurzer Dauer, wie beispielsweise bei Zyklonen, festzustellen, dass die vertriebenen Bevölkerungsgruppen anschliessend wieder an die Orte der Katastrophen zurückzukehren scheinen, um ihr Leben dort wieder aufzubauen (IPCC 2014/WGII/Chap.12). Nur eine Minderheit fasst eine endgültige Migration über weite Distanzen ins Auge.

Die Ursachen für Migrationen sind vielfältig und weder Konflikte, noch Armut oder das Klima sind alleinige Faktoren einer Migration, es spielen häufig auch ökonomische Faktoren eine wichtige Rolle (Wirtschaftsflüchtlinge). Es ist nicht auszuschliessen, dass eine Kombination von Faktoren in bestimmten Gebieten zu akuten Krisen oder chronischen Schwierigkeiten führt und so einen Migrationsdruck auf die Schweiz erzeugen könnte. Dies ist insbesondere möglich, wenn bereits eine grössere Zahl von Menschen aus den betroffenen Regionen in der Schweiz lebt («Diaspora»). Diese Art der Migration wird jedoch bei weitem nicht das Ausmass erreichen wie Wanderungen über kurze Distanzen.

Herausforderungen für die Schweiz

Aus dem Fünften IPCC-Sachstandsbericht zu den Themen Entwicklung, Konflikte und Migration geht hervor, dass die Herausforderungen für die Schweiz vor allem indirekter Art sind. Zu den Herausforderungen gehören weniger die Asyl- und Migrationspolitik, sondern die Katastrophenhilfe vor Ort, die Entwicklungszusammenarbeit und die Friedensförderung.

Asylpolitik

Es existieren derzeit keine internationalen Rechtstexte, die in globalem Massstab Vertriebenen Schutz gewähren, wenn sie vor umweltbedingten Gefährdungen flüchten. Auch das Schweizer Recht kennt diesen Asylgrund nicht. Bis heute hat denn auch niemand Asyl oder eine vorläufige Aufnahme aufgrund einer «Umweltflucht» erhalten. Dies wird sich auch in Zukunft nicht gross ändern. Die Schweiz könnte hingegen eine Rolle bei der Umsetzung von besseren Aufnahmebedingungen für Umweltflüchtlinge in den Nachbarländern spielen, indem sie Bemühungen wie die Nansen-Initiative, in der sie an der Seite von Norwegen bereits eine wichtige Rolle übernimmt, weiterverfolgt und unterstützt (The Nansen Initiative 2016).

Migrationspolitik

Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass tendenziell bewegungsunfähige Bevölkerungsgruppen (z. B. aufgrund fehlender ökonomischer Ressourcen) zu den Hauptopfern klimabedingter Gefährdungen gehören. Eine erleichterte Migration kann daher eine wirkungsvolle Anpassungs- und Überlebensstrategie sein (IPCC 2014/WGII/Chap.12). Dieser Ansatz könnte im Rahmen von Migrationspartnerschaften und des internationalen Dialogs über die Migration verstärkt werden (EDA 2016b).

Katastrophenhilfe und Friedensförderung

Extreme Wetterereignisse werden häufiger und heftiger, Notsituationen nehmen zu. Da die darauf folgenden Verschiebungen von Bevölkerungsgruppen in der Regel zeitlich begrenzt sind und über kurze Distanzen erfolgen, verlangen sie vor allem eine humanitäre Nothilfe vor Ort und Massnahmen für den Wiederaufbau, zu deren Unterstützung die Schweiz verpflichtet ist. Falls sich die Umweltzerstörungen verschlimmern oder sich durch Konflikte verschärfen, sollte die Friedensförderung ebenfalls eine grössere Rolle spielen (EDA 2016a).

Entwicklungszusammenarbeit

Mehrere Schwerpunktländer der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit sind in Bezug auf klimatische Bedrohungen und Risikopopulationen an vorderster Front betroffen. Es ist wichtig, dass die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel von Anfang an in den Entwicklungsprojekten berücksichtigt werden – wie dies heute bereits häufig der Fall ist. Aus den Forschungsarbeiten geht unter anderem hervor, dass die Kosten für Investitionen in den Schutz und die Prävention vor klimabedingten Gefährdungen in der Regel um einiges tiefer sind als die sozialen und wirtschaftlichen Folgekosten im Falle einer Untätigkeit (IPCC 2014/WGII/Chap.5). Sogar die Folgen eines steigenden Meeresspiegels können aufgrund der Langsamkeit des Prozesses durch den Bau von Schutzvorrichtungen minimiert werden, allerdings sind diese Massnahmen oftmals sehr teuer.

Die Gefahr, dass die Klimaänderung die sozioökonomischen Ungleichheiten verschärft und die Sicherheit gefährdet, ist demnach erheblich. Die Multikausalität der Naturereignisse kann aber auch als ein Zeichen der Hoffnung interpretiert werden: Sie bedeutet, dass trotz der Unvermeidbarkeit gewisser klimabedingter Zerstörungen, gut durchdachte Präventions-, Schadensbegrenzungs- und Entwicklungsstrategien höchst aktuell bleiben.

Referenzen

- EDA (2016a) **Aussenpolitik. Menschenrechte und Menschliche Sicherheit. Frieden.** www.eda.admin.ch
- EDA (2016b) **Aussenpolitik. Menschenrechte und Menschliche Sicherheit. Migration.** www.eda.admin.ch
- IPCC (2014) **Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (WGII).** Chapter 5 «Coastal systems and low-lying areas». www.ipcc.ch/report/ar5/wg2
- IPCC (2014) **Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (WGII).** Chapter 12 «Human security». www.ipcc.ch/report/ar5/wg2
- IPCC (2014) **Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (WGII).** Chapter 13 «Livelihoods and poverty». www.ipcc.ch/report/ar5/wg2
- IPCC (2014) **Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (WGII).** Chapter 23 «Europe». www.ipcc.ch/report/ar5/wg2
- IPCC (2014) **Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (WGII).** Summary for Policymakers (SPM). www.ipcc.ch/report/ar5/wg2
- IPCC (2014) **Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (WGII).** Technical Summary (TS). www.ipcc.ch/report/ar5/wg2
- The Nansen Initiative (2016) **The Nansen Initiative – Towards a Protection Agenda for people displaced across borders in the context of disasters and the effects of climate change.** www.nanseninitiative.org